

Nachhaltigkeit – neuer Elan unter neuer Regierung ?

Das Koalitionsprogramm der neuen CSV / LSAP –Regierung umfasst zahlreiche positive Punkte aus dem Blickfeld der nachhaltigen Entwicklung / Ökologie. Der Mouvement Ecologique begrüsst diese Tatsache ausdrücklich. Eine detaillierte Analyse führt dennoch zu einer nuancierteren Einschätzung.

Moderner Staat – (noch?) kein Thema unter dieser Regierung

Bedauernswert ist, das nicht darüber nachgedacht wurde, wie die Regierung effizienter strukturiert und den Anforderungen eines modernen Staates angepasst werden könnte, dies obwohl zahlreiche Organisationen / Stellen eine derartige Neuorganisation gefordert hatten. Eingetreten ist der Mouvement Ecologique z.B. dafür, die Kompetenzen im Energiebereich in einem Ministerium zu bündeln, die Wasserwirtschaft erneut ins Umweltministerium zu transferieren u.a.m.. Ebenso wurde die Forderung z.B. nach einem Verbraucherschutzministerium gestellt. Der Wirtschafts- und Sozialrates seinerseits schlug vor, die Struktur der Regierung eher jener der EU-Kommission anzupassen ... Doch alles blieb wie gehabt.

Ebenso wurde bei der Regierungsbildung das Problem ausgeklammert, inwiefern überhaupt die einzelnen MinisterInnen noch in der Lage sein können, ihre Arbeit wahrzunehmen. Landwirtschaft – Mittelstand – Tourismus und Wohnungsbau in einer Hand! Wie soll ein Mensch das leisten? Oder aber wenn man im Koalitionsvertrag liest, was der neue Innen- und Landesplanungsminister alles bewältigen soll ... dies scheint rein vom Arbeitsvolumen her kaum machbar. Deshalb hat z.B. auch ein Wirtschafts- und Sozialrat dafür optiert, neue Staatssekretärsposten einzuführen, damit die Minister hier zumindest eine Unterstützung erhalten würden. Auch diese Anregung wurde nicht berücksichtigt.

Der Mouvement Ecologique unterstützt die Position, die besagt, man solle nun – mit dem weitestmöglichen Abstand zu den nächsten Wahlen und zur neuen Regierungsbildung – in aller Distanz darüber nachdenken, wie eine nächste Regierung - unabhängig von deren personellen und parteipolitischen Zusammensetzung – effizienter strukturiert werden könnte. Es wäre im Interesse des Landes wünschenswert, wenn diese Idee umgehend aufgegriffen werden würde.

EU-Politik: weiterhin kein prioritäres Thema in Luxemburg!

Besonders bedauerlich bleibt die Tatsache, dass sich nur sehr begrenzt Gedanken darüber gemacht wurden, wie Luxemburg EU-Themen endlich offensiver aufgreifen könnte. Tatsache ist, dass mehr und mehr Entscheidungen auf EU-Ebene fallen und in den seltensten Fällen bekannt ist, welche Position die Luxemburger Vertreter hier einnehmen. Erst wenn eine EU-Direktive in Luxemburger Recht umgesetzt wird, entstehen in Luxemburg manchmal Diskussionen. Doch dann ist es längstens zu spät...

Erforderlich wäre es – und hier hat der Wirtschafts- und Sozialrat eine bemerkenswerte Stellungnahme herausgegeben – Mechanismen einzuführen, wie diese Vorgehensweise verbessert werden könnte. Wie kann ein Parlament eingebunden werden? Wie kann eine Art „Alarmsystem“ eingeführt werden, das sicherstellt, dass bei besonders wichtigen Dossiers eine Debatte in Luxemburg stattfindet, die noch einen Einfluss auf die Haltung Luxemburgs in diesem Dossier auf EU-Ebene hat? Wie kann auch die Zivilgesellschaft stärker eingebunden werden? Fragen, die seit Jahren an Bedeutung gewinnen aber beharrlich ausgeklammert werden. Auch hier bleibt die Hoffnung, dass – auch ohne eigentliche Vorgaben im Koalitionsabkommen – doch noch eine Debatte möglich sein wird.

Lobenswerte allgemeine Absichtserklärungen – doch der „Sprengstoff“ liegt im Detail

Im Koalitionsabkommen sind in den verschiedenen Ressorts positive Elemente enthalten und es wird sich so manches vorgenommen. Ein Mouvement Ecologique kann insofern zahlreiche Aussagen des Koalitionsabkommens und die generelle Orientierung in zahlreichen Fragestellungen begrüßen: vom Klimaschutz über die Transportpolitik bis hin zur Landesplanung.

Und doch: erst die Zukunft wird zeigen, wie „nachhaltig“ die Regierungsarbeit tatsächlich sein wird. Denn der „Sprengstoff“ liegt im Detail. Ein Beispiel: Im Koalitionsvertrag steht zu lesen: *„Le gouvernement poursuivra la promotion de la production d'énergies renouvelables et de l'utilisation rationnelle de l'énergie avec un accent supplémentaire mis sur la promotion des collecteurs solaires thermiques »*. Grundsätzlich ist wohl begrüßenswert, dass die erneuerbaren weiterhin unterstützt werden sollten. Doch: in welchem Ausmass? Wird der aktuelle Einspeisetarif beibehalten oder aber in Frage gestellt? Genau in diesem „Detail“ aber wird sich zeigen, ob den erneuerbaren tatsächlich zum Durchbruch verholfen wird oder ob es unter dieser Regierung Rückschritte geben wird (was nicht zu hoffen ist). Oder aber ein anderes Beispiel: Es sollen im Landesplanungsministerium sektorielle Pläne in den Bereich Transport, Wohnen, geschützte Landschaften und Aktivitätszonen erstellt werden. Doch welche Prioritäten werden bei der Erstellung dieser Pläne gestellt? Wie demokratisch werden sie auch mit den Gemeinden abgesprochen? ...

Und nicht zuletzt: Spätestens seit der letzten Regierung weiss man, dass der beste Koalitionsvertrag nicht nutzt, wenn die Bereitschaft zur Umsetzung nicht besteht ...

Interessant ist aber vor allem, was nicht gesagt wird!

Besonders bedauernswert aber ist, dass wichtige Themen im Koalitionsvertrag ausgeklammert werden. Die nachhaltige Steuerreform z.B. wird nicht einmal am Rande erwähnt! Während diese in den vergangenen Legislaturperioden zumindest immer im Koalitionsvertrag aufgeführt wurde, wurde sie jetzt integral ausgeklammert. Dies obwohl z.B. Staatsminister J.-Cl. Juncker die Erstellung einer Studie durch den Mouvement Ecologique zu diesem Thema ausdrücklich begrüßte, ebenso wie Wirtschaftsminister J. Krecké. Aus der Sicht des Mouvement Ecologique stellt dieses Defizit ein gravierendes Manko des Koalitionsvertrages dar, denn eine nachhaltige Steuerreform ist mittelfristig das „A“ und „O“ schlechthin für eine nachhaltige Gesellschaft: gewährleistet sie doch endlich, dass umweltbelastendes Verhalten nicht länger gefördert wird – im Gegensatz aber der Faktor Arbeit entlastet wird.

Doch nicht nur die nachhaltige Steuerreform wird ausgeklammert. Auch Fragestellungen wie diejenige der grundsätzlichen Entwicklung des Flughafens werden nicht angesprochen, oder aber fehlt es z.T. an konkreten Instrumenten zur Verknüpfung von Ökologie und Ökonomie.

Von besonderer Relevanz ist aber auch, dass die wichtige Frage, wie denn nun Luxemburg „modernisiert“ werden soll – die ominöse Zukunftsdebatte – im Koalitionsvertrag ausgeklammert wird. Zwar redet Staatsminister J.-Cl. Juncker in seiner Rede zum Koalitionsbedarf von dem wichtigen Erneuerungsprozess für Luxemburg: „D’Thema vun der Politik ass d’Zukunft vum Land“ und redet von „Modernisatioun, Innovatioun, Transformatioun an Integratioun“. „D’Moderatioun ass d’Methode, d’Landkaart, d’Aart a Weis, de Kompass“. Es fehlt im Koalitionsvertrag auch nur an ersten gedanklichen Ansätzen ...

Dabei gibt es durchaus grundsätzliche Fragestellungen: Wie soll die Rolle der Abgeordnetenkammer aufgewertet werden? Wie kann in wichtigen Dossiers – z.B. auch der Erstellung der regionalen Entwicklungspläne – konkret eine breitere und strukturierte Debatte erfolgen, in der auch die Gemeinden und die Bevölkerung eingebunden sind? All jene Fragen der politischen Diskussionskultur werden im Koalitionsvertrag aussen vor gelassen.

Widersprüchliche Aussagen ...

Irritierend ist, dass es innerhalb des Koalitionsvertrages einige Widersprüche gibt. So z.B. in der Definition des Begriffes „nachhaltige Entwicklung“. So positiv es sein mag, dass hier versucht wurde, den Begriff zu umreißen, so bedauernswert sind aber die Widersprüche. Während im Umweltbereich in aller Deutlichkeit darauf verwiesen wird, die gesunde Umwelt sei die Basis ökonomischen Wirkens, wird im Bereich „Ökonomie“ die Vorrangstellung ökonomischer Belange und der Energiepreise z.B. betont... Im Ernstfall werden also letztere den Ausschlag geben. Was vielleicht als Wortklauberei aussieht, ist de facto von großer Bedeutung dafür, welche Priorität diese Regierung setzen will.

Am gravierendsten sind aber die Widersprüche im Energiebereich. Hier zeigt sich, wie bedauernd es ist, dass die Kompetenzen in diesem doch so wichtigen Dossier sowohl im Wirtschafts- als auch im Umweltministerium angesiedelt sind. So wird im Bereich „Wirtschaft“ von der Bedeutung niedriger Energiepreise, der Notwendigkeit einer neuen Anbindung des Stromnetzes ans Ausland gesprochen ... während im Umweltbereich der Klimaschutz und ein „Nein“ zu Atomkraft proniert wird. Hier darf man gespannt sein, ob es den beiden Herren Lux und Krecké gelingen wird, eine bessere Absprache zu finden, als dies im Triumvirat Goerens – Berger – Grethen der Fall war.

Demnach: die erste Analyse ist durchwachsen. Es wird wohl viel auch von den Personen abhängen, wie diese Regierung in 5 Jahren dastehen wird. Man darf gespannt sein!